

Sonderdruck aus
Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
19 / 2012

Veröffentlichung des Universitätsverlags Osnabrück bei V&R unipress

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 19 / 2012

Schwerpunktthema:

Globale Herausforderungen
für Europa

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2011
- MUSICA PRO PACE 2011
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2011-2012

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. em. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotropologie, Hochschule Osnabrück
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Thomas Vogtherr, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Gabriele Parlmeyer,

Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Tefvik Göktepe unter Verwendung eines Fotos von Jonathan Rashad:
»Rainbow on wall of Interior Ministry«, Graffiti von Omar Zeftawi, Kairo.

Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche durch:

- die Oldenburgische Landesbank AG
- die Stadtwerke Osnabrück AG
- den Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668

E-mail: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2012

© 2012 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0061-4

ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2011

<i>Männlichkeit, Ehre und Gewalt</i> Mit Ute Frevert, Gunnar Heinsohn und Yilmaz Atmaca	17
<i>Afrika – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, Frieden und Demokratie?</i> Mit Neville Alexander und Klaus Töpfer	39
<i>Umbrüche in Ägypten und der arabischen Welt</i> Mit Helga Baumgarten, Cilja Harders und Taoufik Ben Amara	63
<i>Genug Brot für die Welt? Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Ernährungskrise</i> Mit Bärbel Dieckmann, Uschi Eid und Jochen Flasbarth	87
<i>Europa sieht Deutschland: Polen und Deutsche in zwei Jahrzehnten neuer Freiheit</i> Von Irena Lipowicz	115
<i>Idee und Realität Europas</i> Von Roman Herzog	125

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2011

- Stefan Hanheide, Osnabrück
*Musikalische Abbilder gesellschaftlicher Wirklichkeit.
Zu Karl Amadeus Hartmanns 1. Symphonie (1935-36 / 1954-55)
und Anton Bruckners Messe e-Moll (1866)* 137

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

- Julian Nida-Rümelin, München
*Plädoyer für eine radikale Neuordnung der europäischen
Institutionen* 147

- Henrik Uterwedde, Ludwigsburg / Osnabrück
*Ein Europa, zwei Visionen? Deutsche und französische Leitbilder
der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion* 153

- Ulrich Jan Schröder, Münster
*Staatlichkeit ist kein Schicksal. Der deutsche Staat zwischen
Schicksals-, Werte- und Rechtsgemeinschaft* 167

- Rauf Ceylan, Osnabrück
*Fundamentalismus, Islamismus und Dschihadismus als
antimodernistische Gegenentwürfe* 181

- Roland Czada, Osnabrück
*Sehnsucht nach Azania. Neville Alexanders Leben und Werk
für ein anti-rassistisches Südafrika. Ein Nachruf* 193

IV. ANHANG

- Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 205
Abbildungsnachweis 211

■ III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Globale Herausforderungen für Europa



Julian Nida-Rümelin, München

Plädoyer für eine radikale Neuordnung der europäischen Institutionen¹

Gute Politik beginnt mit einer ungetrübten Sicht auf die Realität. Zu dieser Realität gehört: Das Europa des großen Visionärs, Strategen und Administrators *Jean Monnet* ist am Ende. Dies hat spätestens die Entwicklung der letzten Monate offenkundig gemacht. Das Europa Monnets und *de Gasparis*, *Adenauers* und *de Gaulles* hatte eine Vision: Nie wieder Krieg in diesem von Konflikten gebeutelten Kontinent. Diese Vision ist Realität geworden. Zwischen Mitgliedern der Europäischen Union hat es nie Krieg gegeben und wird es nie wieder Krieg geben. Dies ist eine gewaltige Errungenschaft, was sich schon daran ermessen lässt, dass ein hohes Maß an ökonomischer, sozialer und kultureller Interpendenz allein Kriege nicht verhindert, wie die grausamen »neuen« und »alten« Kriege auf dem Balkan gezeigt haben. Friede in Europa ist keine Selbstverständlichkeit, gerade deshalb ist die Sicherung des Friedens die größte historische Leistung der europäischen Integration.

Jean Monnet hielt – vermutlich zu Recht – die Völker Europas nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht für reif, um Europa als neue Identität anzunehmen, die die Nation überwölbt und am Ende möglicherweise aufhebt. Das Werk fein ziselierter europäischer Verträge beginnt Mitte der 1950er-Jahre in Rom, es gilt zu verhindern, dass der niedergerungene Riese in der Mitte Europas wieder zu einer Bedrohung wird. Die europäische Kontrolle der Montan- und der Atomindustrie sollte dem ebenso vorbeugen wie ein gemeinsamer Wirtschaftsraum (EWG). In keinem der Gründungsverträge ist von Frieden, von gemeinsamer Bildungstradition und kultureller Identität die Rede, aber Jean Monnet und die entstehende europäische Bürokratie glaubten an die Eigendynamik fein austarierter Verhandlungsprozesse zwischen den beteiligten Staaten: Ein Schritt sollte dem nächsten folgen und so die europäische Integration vertiefen, ohne dass man sich über den Status der Mitgliedsländer, über das Verhältnis nationaler und europäischer Gesetzgebung und vor allem über das Ziel dieses Prozesses verständigen musste.

Das ist lange gut gegangen, aber spätestens mit der Entscheidung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, die EU zu erweitern, ohne sie zuvor zu vertiefen, gerät dieser Prozess ins Stocken. Das neu aufgenommene Mit-

glied Polen erklärt, dass es fürderhin nicht bereit sei, weitere Souveränitätseinbußen in Kauf zu nehmen, Großbritannien hat im Osten Europas starke Verbündete gewonnen. An dieser Stelle werden manche einwerfen, es sei schon die Aufnahme Großbritanniens gewesen, die den weiteren Integrationsprozess ins Stocken gebracht habe – völlig falsch ist das nicht: Die britischen Regierungen waren unabhängig von ihrer parteipolitischen Färbung strikt gegen jede Sozialagenda der Europäischen Union und lehnten Einbußen nationaler Souveränität ebenso ab wie den Aufbau einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Angekündigt war vonseiten der Europäischen Kommission, den Prozess der Erweiterung mit dem der Vertiefung zu verbinden. Das war ein frommer Wunsch, fernab jeder politischen Realität. An die Stelle einer institutionellen Vertiefung tritt das Projekt einer gemeinsamen Währung ohne institutionelle Stütze. Wer damals für die gemeinsame Währung ohne institutionell verankerte Fiskalunion war, verfügte nicht über die in der Politik unverzichtbare ökonomische Urteilskraft. Die konsequent europäische Orientierung von *Helmut Kohl*, aber auch seines Finanzministers *Theo Waigel* nötigen Respekt ab, aber bei beiden fehlte gerade dies, nämlich ein Verständnis für ökonomische Zusammenhänge, das hatten sie schon im wirtschafts- und finanzpolitischen Vollzug der deutschen Einheit allzu deutlich werden lassen. Zehn Jahre nach der Einführung des Euro ohne Fiskalunion, ohne institutionelle Basis, ohne transnationale Steuerungsinstrumente kommt es zu einer schweren Refinanzierungskrise mehrerer europäischer Mitgliedsländer, die bis heute nicht beigelegt ist. Diese Refinanzierungskrise wurde vorbereitet durch den anhaltenden Bruch der Kriterien des Maastricht-Vertrages durch eine Mehrheit der europäischen Mitgliedsländer, ausgelöst durch die massive zusätzliche Belastung der staatlichen Haushalte als Folge der notwendig gewordenen Rettungsaktionen privater und staatlicher Banken in der globalen Finanzmarktkrise 2007 ff. und verschärft durch ein völlig unzureichendes Krisenmanagement insbesondere der deutschen Bundesregierung.

In einer solchen Situation ist der weiche, Uckermarksche Populismus – man schreit nicht herum, man strebt nicht nach der Lufthoheit über deutschen Stammtischen, aber man hält sein Fähnchen im Winde und achtet ängstlich darauf, dass man sich nicht mit der Boulevardpresse anlegt – ein hoch riskanter Ratgeber. Statt von Anbeginn klarzumachen, dass die Europäische Union als ganze dafür einstehen wird, dass jeder Cent staatlicher Schulden jedes Mitgliedlandes zurückgezahlt wird, darf monatelang spekuliert werden, wer aus dem Euro-Raum ausscheidet und zu welchen Bedingungen, wobei ungeklärt bleibt, wie die fehlende Fiskalunion hergestellt werden soll.

Dass die Monnetsche Praxis europäischer Integration am Ende ist, zeigt sich aber auch an einem weniger offenkundigen Sachverhalt: Sowohl während der Krise der globalen Finanzmärkte und der durch diese Krise ausgelösten tiefsten wirtschaftlichen Rezession seit den 1930er-Jahren als auch in der aktuellen Refinanzierungskrise europäischer Staaten agierten allein die nationalen Regierungen und nicht die europäischen Institutionen. Die Nationalstaaten erwiesen sich dabei als handlungsfähiger, als in der politischen Öffentlichkeit und der politischen Ökonomie über Jahrzehnte hinweg angenommen worden war. Es ist dabei überaus deutlich geworden, dass die Nationalstaaten ein Handlungspotenzial haben, das sie gegen die Eigengesetzlichkeit ökonomischer Märkte erstaunlich wirksam zur Geltung bringen können. Deutschland war dabei von allen westlichen Industrienationen am erfolgreichsten, hat dafür allerdings auch ein besonders hohes Maß an zusätzlicher Verschuldung in Kauf genommen. Die Robustheit des deutschen Arbeitsmarktes wird im Ausland wie ein Mirakel bewundert, obwohl die Erklärung auf der Hand liegt. Drei Faktoren waren ausschlaggebend: die Arbeitsmarktreformen, mit deren Inkrafttreten im Januar 2005 eine Phase kontinuierlichen Rückgangs der Kurz- und der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland beginnt, begleitet von einem deutlichen Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die Lohnabschlüsse der Tarifpartner und die Fiskal-, Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik unter der Ägide der Minister *Steinmeier*, *Steinbrück* und *Scholz* in der Zeit der Großen Koalition. Dieses deutsche Arbeitsmarktwunder hat allerdings einen hohen – europäischen – Preis: Die niedrigen Lohnstückkosten in Deutschland haben den Außenhandelsüberschuss Deutschlands in dramatische Höhen getrieben, die nur von China übertroffen werden, was bei den Haupthandelspartnern Deutschlands zu Handelsbilanzdefiziten führt, die innerhalb des Euro-Raums nicht mehr durch Abwertung der jeweiligen Währung ausgeglichen werden können.

In dieser Situation gibt es nur zwei, in sich schlüssige Konzepte, die Krise zu bewältigen: erstens die Rückkehr zu nationalen Währungen und das Ende des Euro-Raums. Dies wäre nicht zwangsläufig das Ende der europäischen Integration, schließlich sind nur 17 von 27 EU-Mitgliedstaaten zugleich Mitglieder des Euro-Raums. Die Parole der Kanzlerin, »das Ende des Euro ist das Ende Europas«, ist ein gefährlicher ökonomistischer Irrtum. Europa ist natürlich weit mehr als eine gemeinsame, äußerst fragile Währung, die *Gerhard Schröder* 1998 zu Recht als »schwächliche Frühgeburt« bezeichnet hatte. Die Rückkehr zu nationalen Währungen wäre jedoch entgegen verbreiteter Vermutungen ein besonderes Risiko gerade für Deutschland, das seine gegenwärtige Exportstärke bei einer massiven Aufwertung der nationalen Währung nicht aufrechterhalten könnte. Manche werden das begrüßen, weil damit die Handelsbilanzungleichgewichte

weltweit gemildert würden. Deutschland müsste sich auf die Stärkung der Binnennachfrage konzentrieren: steigende Löhne, steigende staatliche Nachfrage (bei anhaltend hoher Sparneigung der Deutschen durch höhere Steuern insbesondere aus Kapital und Vermögen finanziert) und zugleich zurückgehende internationale Konkurrenzfähigkeit. Für die Hochschuldenländer mit geringem Wirtschaftswachstum des europäischen Südens wäre die Umstellung auf eigene Währungen eine Chance, nämlich ihre Schuldenlast durch Abwertung zu mildern, aber auch eine Gefahr, wenn eine expansive Geldpolitik zu dramatischen Inflationsprozessen und damit zu dramatischer Verteuerung der Importe führen sollte.

Eine Sicherung und sogar Vertiefung der europäischen Integration wäre jedoch auch bei diesem Szenario nicht ausgeschlossen. Es böte sich eine Nukleus-Strategie an: Diejenigen Länder, die sich zu einer Fiskal- und Wirtschaftsunion zusammenschließen, könnten die Vorteile einer gemeinsamen Währung nutzen und würden je nach Erfolg weitere Länder motivieren, den Beitritt anzustreben. Man könnte sich einen deutsch-französischen Nukleus, bei gegenwärtiger Politik sogar ein »Weimarer Dreieck«, also Frankreich-Deutschland-Polen, als Nukleus vorstellen, dem sich dann andere bei Erfüllung der Kriterien und bei Bereitschaft, nationalstaatliche Souveränität zugunsten einer gemeinsamen Fiskal- und Wirtschaftsunion aufzugeben, anschließen könnten. Der kontinuierliche Erweiterungsprozess seit den 1950er-Jahren zur Europäischen Union der Gegenwart würde im Abstand eines halben Jahrhunderts von einem zweiten Integrationsprozess einer sich schrittweise entwickelnden Fiskal- und Wirtschaftsunion komplettiert werden. Das – sympathische – Ziel einer späteren Verschmelzung von Europäischer Union und Fiskalunion wird jedoch angesichts der politischen Kultur insbesondere Großbritanniens, auch der eines potenziellen Beitrittskandidaten Türkei unrealistisch bleiben. In der Logik dieser Konzeption liegt ein Europa der zwei oder auch drei Geschwindigkeiten: Der europäische Integrationsprozess wäre erst dann ausbalanciert, wenn der politischen und der Fiskalunion eine Sozial- und Bildungsunion folgte.

Das zweite Szenario ist das, was gegenwärtig allzu halbherzig auf der Agenda zu stehen scheint: Der Euro-Raum wird aufrechterhalten, keines der Mitgliedsländer scheidet aus der gemeinsamen Währung aus, aber es wird das nachgeliefert, was Voraussetzung einer stabilen Gemeinschaftswährung hätte sein sollen: eine institutionell gesicherte Fiskal- und Wirtschaftsunion. Ohne die institutionelle Verpflichtung, für Staatsanleihen aller Mitgliedstaaten der gemeinsamen Währung gemeinsam aufzukommen, wird sich ein solches Gebilde jedoch nicht halten lassen. Diese Garantie, ob in Gestalt von Euro-Bonds oder EZB-Anleihen, müsste mit einer verlässlichen Kontrolle nationaler Haushalte verbunden sein, ohne eine

weitere Preisgabe nationalstaatlicher Souveränität ist dieser Weg nicht gangbar. In Gestalt zwischenstaatlicher Verhandlungen unter 17 Mitgliedsländern, die jeweils eine Veto-Position haben, ist eine Fiskalunion nicht realisierbar. Die Refinanzierungskosten der heute von der Krise betroffenen Mitgliedsländer würden drastisch sinken, die Deutschlands jedoch moderat ansteigen. Wie das japanische Beispiel zeigt, ist nicht so sehr das Ausmaß der Gesamtverschuldung ausschlaggebend (die japanische Staatsverschuldung liegt bei über 200 Prozent), sondern die glaubwürdige Garantie verlässlicher Rückzahlungen.

Europa steht am Scheideweg. An die Stelle der Hoffnung auf den Selbstläufer europäischer Integration müssen sich die beteiligten Länder nun sowohl auf ein Ziel des europäischen Einigungsprozesses (Finalisierung) als auch auf den institutionellen Modus europäischer Politik verständigen. Das Europäische Parlament beziehungsweise sein Pendant (etwa in Gestalt eines Parlamentsausschusses) der Fiskalunion und eines Tages der Sozial- und Bildungsunion muss zu einer echten Legislative, zu einer Instanz europäischer Gesetzgebung aufgewertet werden. Die Europäische Kommission, beziehungsweise sein Pendant in der Fiskal- und Wirtschaftsunion, muss zu einer europäischen Regierung, kontrolliert von der jeweiligen Legislative, aufgewertet werden. Die Nationalstaaten hätten ihre Repräsentanten einer zweiten Kammer analog zum Deutschen Bundesrat. Die Gesetzgebung könnte sich am föderalen Modell zweier Kammern, wie sie weltweit in föderal organisierten Staaten praktiziert wird, orientieren. Europa würde mehrstufig, mit unterschiedlicher Tiefe der Integration auf den verschiedenen Stufen, und demokratisch werden – in Gestalt genuiner europäischer, gesetzgebender Parlamente und einer Kontrolle der europäischen Exekutive durch Parlamentarier. Am Beginn dieses Prozesses stünde *idealiter* ein Entscheid des europäischen Demos über die Prinzipien (über die Verfasstheit eines solchen Integrationsprozesses), ein Entscheid des gesamten europäischen Volkes über die Form europäischer Politik. Ein solcher legitimationsstiftender Akt würde der schleichenden Erosion europäischer Institutionen ein Ende setzen. Eine derart radikale Abkehr von der Monnettschen Salamtaktik ist nicht ohne Risiko, aber es ist meines Erachtens der aktuellen Dauerkrise europäischer Integration vorzuziehen.

1 Zuerst erschienen in: Die Zeit, Nr. 5, vom 30. Januar 2012